

Bundesregierung nimmt Vorschlag der Stiftung zur Abgeltungssteuer auf

„Nachdem er der [Vermögenssteuer]-Debatte wochenlang gelauscht hatte, dämmerte Kanzler Schröder, daß Müntefering, Gabriel und Steinbrück kein durchdachtes Konzept haben. (...) Am 11. November veranstaltete die Stiftung Marktwirtschaft in Berlin ein hochkarätig besetztes Symposium zum Thema Kapitalertrags-Besteuerung. Einhellige Meinung von Podium und Publikum: Die Abgeltungssteuer ist die beste Methode. Spätestens seit diesem Treffen griff die Idee um sich und gewann den Kanzler. Seitdem ist er für die Abgeltungs- und gegen die Vermögenssteuer.“

So schrieb Christoph Keese am 16. Dezember in der Financial Times Deutschland über die Wirkungen der Tagung „Veranlagung — Abgeltung — Steuerfreiheit: Kapitalertragsbesteuerung im Rechtsstaat“, auf der die Stiftung Marktwirtschaft Experten aus Ökonomie, Rechtswissenschaft und Politik in Berlin zusammengeführt hatte.

Inhalte der Tagung waren sowohl die Abgeltungssteuer als auch eine mögliche begleitende Steueramnestie, die Fluchtkapital nach Deutschland zurückholen könnte.

Ökonomisch wünschenswert

Zwar war unter den Experten umstritten, ob die langfristige Perspektive der Abgeltungssteuer eine allgemeine Senkung der Einkommensteuer oder eine Steuerfreiheit der Kapitalerträge sein solle. Einigkeit bestand aber darin, daß eine Abgeltungssteuer ökonomisch wünschenswert und rechtlich unproblematisch ist. Zudem wurde anhand aktueller Umfragedaten und durch einen Bericht über die positiven Wirkungen der Abgeltungssteuer in Österreich deutlich, daß eine Abgeltungssteuer auch politisch umsetzbar ist (siehe auch S. 6).

„Spätestens
seit diesem Treffen
griff die Idee um sich
und gewann den
Kanzler.“

Christoph Keese,
Financial Times
Deutschland



Blickwinkel

Augenblick (S. 2)

Situation in Deutschland: Stiftung Marktwirtschaft mahnt Reformen an.

Durchblick (S. 3)

Schwerpunkte unserer Arbeit: Stiftung Marktwirtschaft bietet unabhängige Expertise.

Einblick (S. 3)

Interne Informationen: Email-Newsletter für alle Interessierten.

Überblick (S. 4-5)

Neue Publikationen: Tagungsband zum Kongreß „Bürgernah fördern und fordern“.

Rückblick (S. 6-7)

Tagungen und Analysen: „Wirtschaftsordnung und Fundamentalismus“ regte zum Nachdenken an.

Seitenblick (S. 2, 4-7)

Im Spiegel der Presse: Projekte und Beiträge der Stiftung Marktwirtschaft in den Medien.

Ausblick (S. 8)

Neue Projekte: Entwurf für eine Europa-Verfassung

Die Unglaubliche Geschichte (S. 3)

Ein Herz für Tiere: Petra Pau (PDS) gegen eine Mehrwertsteuerangleichung bei Katzenfutter.

Der politische Witz (S. 5)

Warum Deutschland besser eine Firma wäre.

100 Tage Bundesregierung

Stiftung Marktwirtschaft mahnt Reformen an

In den ersten Wochen der Legislaturperiode wurde nach altbekanntem Muster hektisch nach neuen Einnahmequellen gesucht, um die — angeblich neu aufgetretenen — „Haushaltslöcher“ zu stopfen. Bevölkerung und Unternehmen auf der einen und Regierung auf der anderen Seite reagierten zunehmend nervös auf die verschiedenen Vorschläge zur Überwindung der Haushaltskrise, die mit sinkenden Konjunkturaussichten immer größer wurde.

Die Umsetzung des Hartz-Berichts nährte die Befürchtung, daß die Politik zu tiefgreifenden Veränderungen unfähig sei. Auf Druck der Gewerkschaften wurden wichtige Reformen, etwa beim Kündigungsschutz und beim Arbeitslosengeld, schon vor der Wahl aufgegeben. Nach der Wahl sind weitere zentrale Elemente des ohnehin schon durchlöchernten Hartz-Konzeptes gekippt worden. Dies war ein schlechtes Omen für die neue Legislaturperiode.

Doch seit Anfang Dezember gibt es zunehmend positive Signale: Zuerst

versuchte der Kanzler mit einer Mini-Liberalisierung des Ladenschlusses, das allgemeine Stimmungstief zu überwinden. Dann griff die Bundesregierung, nach anfänglich deutlicher Ablehnung, den Vorschlag auf, eine Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge einzuführen und eine Teilamnestie für Steuerflüchtlinge zu gewähren.

Und schließlich ist auch ins Wanken geraten, was für die SPD vor den Wahlen und bei den Koalitionsverhandlungen noch ein absolutes Tabu war: Der gesetzliche Kündigungsschutz könnte für kleine Unternehmen gelockert werden. Wenn es dazu wirklich kommt, hat dies nicht nur positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, sondern insbesondere auch eine in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzende Signalwirkung für die Fähigkeit der Bundesregierung zu Reformen gegen den massiven Widerstand von Sonderinteressen, vor allem der Gewerkschaften.

Ernst wird es nun in den kommenden Monaten, wenn es um die Gesundheitspolitik geht. Der jüngste Vorschlag der Gesundheitsministerin, Freizeitun-



fälle aus der Gesetzlichen Krankenversicherung herauszulösen und über eine private Zusatzversicherung abzudecken, wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Er reicht jedoch bei weitem nicht aus. Eine mutige Reform des Gesundheitswesens, die zum Wohle des Landes auch an bislang verteidigte Besitzstände von Einzelinteressen geht, könnte ein weiteres, eminent wichtiges Signal für Bewegung in Deutschland werden.

**Lüder Gerken, Vorstand
der Stiftung Marktwirtschaft**

Seitenblick

Interviews zum Thema Haushaltskonsolidierung

In der aktuellen wirtschaftlichen Lage zählt politischer Weitblick statt Aktivismus. Diese Kernaussage vertrat Lüder Gerken in einem Interview mit Lutz Haverkamp vom Berliner Tagespiegel (am 14. Januar 2003). Im Interview sprach sich Gerken klar für eine Fortsetzung der Konsolidierungspolitik aus: „Die Verlässlichkeit der Politik ist für eine gute wirtschaftliche Entwicklung mit am wichtigsten“. Diese Überzeugung vertrat der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft ebenfalls in einem Radiointerview mit Sven Kochale, MDR Info (gesendet am 15. Januar in den Nachrichten von 12 bis 16 Uhr).

Bewertung des Zuwanderungsgesetzes

Eine Bewertung des rot-grünen Zuwanderungsgesetzes erschien unter dem Titel „Mehr Mut zur Zuwanderung“ in der Zeitschrift für Wirtschaftspolitik (Gerken, Rieble, Straubhaar 2002, Heft 1, S. 42-62).

Zuwanderungsgesetz ist notwendig

Das Bundesverfassungsgericht hat am 18. Dezember 2002 festgestellt, daß das von der rot-grünen Regierung beschlossene Zuwanderungsgesetz formell verfassungswidrig sei. Damit ist das Gesetz nichtig und konnte nicht wie beabsichtigt zum 1. Januar 2003 in Kraft treten. Unbestritten ist, daß die gegenwärtige Rechtslage unbefriedigend ist und Deutschland ein Zuwanderungsgesetz benötigt, um den Zu- und Abzug von Ausländern sinnvoll steuern zu können. Alle Parteien haben daher in den letzten Jahren Konzepte für ein moderneres Zuwanderungsrecht vorgelegt, die sich — trotz der zur Schau getragenen Differenzen — häufig nur in Marginalien unterscheiden.

Gerade im Bereich der arbeitsmarkt-orientierten Zuwanderung benötigt Deutschland sinnvolle und einfache Regelungen, um die ökonomischen Potentiale der Zuwanderer besser nutzen zu können. In dieser Hinsicht hätte das nun für nichtig erklärte Zuwanderungsgesetz — trotz gravierender Defizite und einer protektionistischen Grundtendenz in den Detailregelungen — einen Schritt in die richtige Richtung bedeutet.

Die vorgesehene klare Unterscheidung nach dem jeweiligen Zuwanderungsmotiv hätte eine eigenständige arbeitsmarktpolitische Zuwanderungspolitik ohne Beeinträchtigung durch humanitäre und familienpolitische Verpflichtungen ermöglicht. Allerdings wären klarere Regelungen mit weniger Spielraum für willkürliche Behördenentscheidungen wünschenswert gewesen.

Eine Verdrängung deutscher Arbeitnehmer durch ausländische Arbeitskräfte oder eine Zuwanderung in die Sozialsysteme ist auch bei einer weniger restriktiven Ausgestaltung des Zuwanderungsrechts nicht zu befürchten. Statt dessen berauben wir uns langfristig existentieller Chancen, wenn wir den deutschen Arbeitsmarkt nicht stärker für qualifizierte ausländische Arbeitskräfte und Selbständige öffnen. Denn ausländisches Know-how könnte auch bei uns zur Schaffung neuer, komplementärer Arbeitsplätze führen und negative Folgen der demographischen Entwicklung abmildern. Ein Zuwanderungsrecht mit großzügigen, einfachen und unbürokratischen arbeitsmarktrechtlichen Regelungen liegt daher im Interesse Deutschlands.

Schnittstelle und Ideenpool

Die Stiftung Marktwirtschaft versteht sich nicht nur als Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, sondern auch als Ideenpool und Think tank für die Politik. Bei den Berliner Politikern stand im Herbst 2002 die Umsetzung des Hartz-Konzepts im Mittelpunkt. Einen wichtigen Beitrag dazu boten die Ergebnisse der Tagung „Bürgernah fördern und fordern“.

Gleichzeitig beschäftigten sich Sozialpolitiker aller Parteien in der zweiten Jahreshälfte 2002 mit dem Thema „Gesundheitsreform“. Das Konzept des wissenschaftlichen Beirats der Stiftung, des Kronberger Kreises, „Mehr Eigenverantwortung und Wettbewerb im Gesundheitswesen“ (siehe auch S. 4) war deshalb für alle Fraktionen ein wichtiger Impuls. In einer Reihe von Gesprächen

zwischen Bundestagsabgeordneten und Kronberger Kreis wurden die Inhalte angeregt diskutiert und Umsetzungschancen erörtert. Auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat wichtige Forderungen aus der Studie, so etwa die Übertragbarkeit von Altersrückstellungen für Versicherte, in seinem Jahresgutachten 2002 / 2003 aufgegriffen.

Im Gespräch mit der Politik



Think tank: Die Stiftung Marktwirtschaft bietet Politikern ihre unabhängige Expertise an.

Die unglaubliche Geschichte

Die PDS wendet sich strikt gegen eine Anhebung der Mehrwertsteuer für Katzen- und Hundefutter von bislang 7 auf 16 Prozent. MdB Petra Pau erklärte dazu am 15. Januar:

„Die geplante Erhöhung wird mit ‚Mehreinnahmen‘ und ‚Gleichbehandlung‘ begründet. Dabei wird unterschlagen: Hündinnen und Hunde sowie Katzen und Kater galten bislang als Sozial-Partnerinnen- und Partner. Deshalb wurden sie steuerbegünstigt. Die geplanten Mehreinnahmen durch Preiserhöhungen für spezifische Grundnahrungsmittel sind daher familienfeindlich.

Die vermeintliche Gleichbehandlung ist für Millionen Frauen und Herren eine Verschlechterung. Eine Alternative wäre, die zu hohe Mehrwertsteuer für Fisch- und Vogelfutter zu halbieren. Der rot-grüne Vorschlag hingegen ist sozial ungerecht. Er ist obendrein hinterlistig. Katzen und Hunde sind keine juristischen Personen, sie verfügen de facto auch über kein Streikrecht. Rot-Grün saniert sich wieder einmal auf dem Rücken Wehrloser.“

Einblick *Stiftung Marktwirtschaft intern*

Gert Dahlmanns: 65. Geburtstag



Geburtstag: Dr. Gert Dahlmanns war langjähriger Vorstand des Frankfurter Instituts (heute Stiftung Marktwirtschaft).

Gert Dahlmanns, ehemaliger Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, feierte seinen 65. Geburtstag am 29. Dezember 2002.

Geboren 1937 in Mönchengladbach, studierte Dahlmanns an den

Universitäten in Freiburg und Michigan Jura, Nationalökonomie und Geschichte. Nach einer Dozententätigkeit an der Universität Marburg war er von 1976 bis 1985 zunächst Stadtrat, dann Bürgermeister dieser Stadt. Von 1985 bis 2001 leitete Dahlmanns das 1982 gegründete Frankfurter Institut - Stiftung Marktwirtschaft und Politik. Die Reputation, die sich die Stiftung in diesen 16 Jahren erworben hat, verdankt sie im wesentlichen ihm.

Mit dem Umzug der Stiftung nach Berlin im Juli 2001 schied Dahlmanns aus der Leitung der Stiftung aus. Er blieb ihr allerdings bis Ende letzten Jahres in beratender Funktion ein wertvoller Gesprächspartner.

Die Stiftung dankt Gert Dahlmanns für sein segensreiches Wirken über all die Jahre und gratuliert nochmals herzlich zum runden Geburtstag.

Email-Newsletter

Wer aktuell und kostenlos über alle Aktivitäten der Stiftung Marktwirtschaft informiert werden möchte, kann den Email-Newsletter der Stiftung abonnieren.

1400 Personen nehmen bereits diesen Service in Anspruch. Sie erhalten automatisch Emails mit Informationen über Veröffentlichungen, Tagungen und sonstige Neuigkeiten aus der Stiftungsarbeit. Damit die Ladezeiten nicht zu lang werden, enthält der Newsletter keine Bilddokumente, dafür aber Links auf die Internet-Seiten der Stiftung Marktwirtschaft (www.stiftung-marktwirtschaft.de). So können die Newsletter-Abonnenten mit einem schnellen Mausklick neue Publikationen oder Tagungsberichte abrufen.

Die Anmeldung ist denkbar einfach: Interessenten schicken lediglich eine kurze Mail mit Namen und Mailadresse an newsletter@stiftung-marktwirtschaft.de — und beim nächsten Newsletter sind sie bereits dabei.



Mitglieder des Kronberger Kreises (von links nach rechts): Prof. Dr. Juergen B. Donges, Prof. Dr. Johann Eekhoff (Universität Köln), Prof. Dr. Wolfgang Franz (Universität Mannheim), Prof. Dr. Wernhard Möschel (Universität Tübingen), Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann (Universität Bonn) und Prof. Dr. Olaf Sievert (Universität Saarbrücken).

Seitenblick

Reformideen fanden große Aufmerksamkeit

Der Kronberger Kreis hat seine Studie intensiv mit der Fachöffentlichkeit diskutiert: Die Ergebnisse wurden auf diversen Tagungen vor Ärzten und Verbänden des Gesundheitswesens präsentiert.

Außerdem hat sich der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Herbstgutachten 2002 / 2003 auf die Ergebnisse der Studie gestützt und sich große Teile zu eigen gemacht.

Auch in der Presse gab es eine intensive Resonanz auf die Gesundheitsstudie. So griff die FAZ in einem Beitrag vom 8. November 2002 sechs Reformideen der Studie auf. Fazit: „Man kennt das wiederkehrende Argument gegen ein solches Reformmuster: ‚Das geht nicht.‘ Doch, es geht! Man kann mit einer solchen Reform beides haben: die hilfreiche Effizienz des Marktes und die soziale Umverteilungsleistung der Solidarität.“

Die Ärzte-Zeitung schrieb über die Analyse des Kronberger Kreises: „Geht es nach dem Willen liberaler Wirtschaftswissenschaftler, muß das Krankenversicherungssystem in Deutschland radikal reformiert werden. Ärzte sollen sich dann genauso wie Krankenkassen einem echten Wettbewerb stellen.“ Das Fazit des Medizinerblattes lautete: „Unpopulärer könnten ihre Vorschläge kaum sein — das wissen auch die Verfasser der Studie.“ „Der Widerstand gegen unsere Ideen ist absehbar, weil bei deren Umsetzung deutlich würde, was in Zukunft tatsächlich auf die Versicherten zukommt“, zitierte die Fachzeitschrift am 19. Juli 2002 Prof. Johann Eekhoff, Sprecher des Kronberger Kreises.

Studie zur Gesundheitsreform

Allmählich erkennt auch die Politik, daß das deutsche Gesundheitssystem angesichts seiner gravierenden Mängel grundlegender Reformen bedarf, um zukunftsfähig und finanzierbar zu bleiben. Doch noch fehlt ihr der Mut, die entscheidenden Probleme offensiv anzugehen. Wie ein umfassender Lösungsansatz für die Umgestaltung des Gesundheitswesens aussehen könnte, zeigt der Kronberger Kreis in seiner Studie „Mehr Eigenverantwortung und Wettbewerb im Gesundheitswesen“. Sein 14-Punkte-Konzept zielt auf eine bessere Risikoallokation und einen effizienzsteigernden Wettbewerb zwischen den Krankenkassen. Zu den Kernelementen gehören risikoäquivalente Beiträge, übertragbare individuelle

Durch Trennung des Versicherungsbeitrags von den Arbeitskosten würden negative Rückwirkungen von Beitragserhöhungen auf die Beschäftigung entfallen.

Konsequenz der Studie des Kronberger Kreises

Altersrückstellungen für alle Versicherten, die Unterscheidung zwischen Regelleistungen und Wahlleistungen sowie Selbstbeteiligungsmodelle.

Damit würde die bisherige Grenze zwischen privaten und gesetzlichen Krankenversicherungen aufgehoben und der problembehaftete Risikostruktur ausgleich zwischen den gesetzlichen Krankenkassen überflüssig.

Auch würde so die bisherige systemfremde Umverteilungskomponente aus der gesetzlichen Krankenversicherung herausgenommen und im allgemeinen Steuer- und Transfersystem deutlich zielgenauer und damit auch ressourcensparender verankert.

Maßnahmenkataloge für Reformen

„Deutschland im Reformstau: 3 Maßnahmenkataloge der Stiftung Marktwirtschaft“ — unter diesem Titel erschienen in den Wochen vor der Bundestagswahl am 22. September 2002 drei Publikationen in unserer Reihe „Argumente zu Marktwirtschaft und Politik“. Sie behandeln zentrale Herausforderungen, vor denen unser Land derzeit in den Bereichen „Soziale Ordnung“, „Föderale Ordnung“ und

„Ordnungspolitische Grundsatzfragen“ steht. Gerade in Wahlkampfzeiten sind unbequeme Wahrheiten häufig untergegangen. Um so wichtiger ist, daß die Politik die neue Legislaturperiode nutzt, um den langandauernden Reformstau mit ökonomisch durchdachten Konzepten zu durchbrechen. Die in den Maßnahmenkatalogen skizzierten Lösungsansätze zeigen, welche Schritte dabei unerlässlich sind.

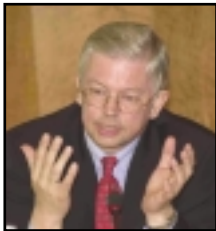
Argument zur Direkten Demokratie

Ob auf Bundesebene Volksentscheide eingeführt werden sollen, wird in Deutschland kontrovers diskutiert. Befürworter verweisen auf die geringere Staatsquote in Gebietskörperschaften mit direkter Demokratie, Gegner auf einen fortschreitenden Machtverlust der Parlamente. Die Stiftung Marktwirtschaft

greift in ihrer Reihe „Argumente zu Marktwirtschaft und Politik“ (Nr. 69) mit Beiträgen von Claudia Roth (Bündnis 90 / Die Grünen), Wolfgang Bosbach (CDU / CSU), Professor Dr. Charles B. Blankart (Humboldt-Universität, Berlin) sowie Dr. Lüder Gerken und Dr. Gerhard Schick die Diskussion auf.

Tagungsband: Bürgernah fördern und fordern Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe müssen reformiert werden

„Bürgernah fördern und fordern — Konzepte für eine effiziente Arbeitsvermittlung und Grundsicherung“: Unter diesem Motto stand eine gemeinsame Tagung der Stiftung Marktwirtschaft und der Hessischen Landesregierung. Die dort diskutierten Vorschläge zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit können nun auch im gleichnamigen Dokumentationsband nachgelesen werden. Dort stellen Experten aus Wissenschaft, Politik und Praxis Konzepte zu einer wirksameren Ausgestaltung staatlicher Hilfsbemühungen für Langzeitarbeitslose vor. Ein wichtiger Lösungsansatz dafür ist die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Denn das gegenwärtige Nebeneinander zweier steuerfinanzierter Grundsicherungssysteme bringt erhebliche Ineffizienzen und Ungleichbehandlungen mit sich und steht einer erfolgsorientierten Wiedereingliederung der Betroffenen in den Arbeitsmarkt entgegen. Die Diskussion of-



Tagungsreferent:
Der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU).



Gegenseitige Verantwortung: Fördern und Fordern müssen Hand in Hand gehen.

fenbarte, daß das größte — aber nicht unlösbar — Problem in der Kompetenzverteilung und der finanziellen Lastenverteilung zwischen den föderalen Ebenen besteht.

Kompetenz für die Kommunen

Will man die staatlichen Hilfen zur Wiedereingliederung der Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt effizient gestalten, dann spricht viel für eine dezentrale Kompetenzansiedlung bei den Kommunen. Dies bestätigt auch der Blick auf die erfolgreichen — weil beschäftigungsfördernden — Sozialhilfereformen in vielen Bundesstaaten der USA.

Seitenblick

Fördern und Fordern im Spiegel der Presse

In ihrem Hintergrundbericht zur Tagung der Stiftung Marktwirtschaft „Bürgernah fördern und fordern“ konstatierte die FAZ am 27. Mai 2002, es bestehe kein Zweifel daran, daß Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengeführt werden müßten. Die konkrete Ausgestaltung sei jedoch noch umstritten. „Um Licht in dieses Dunkel zu bringen hatte das ‚Frankfurter Institut — Stiftung Marktwirtschaft und Politik‘ Wissenschaftler, Politiker und andere Staatsdiener zu einem Meinungsaustausch in Wiesbaden zusammengebracht.“

Radiobeitrag mit Prof. Norbert Berthold

Das InfoRadio Berlin (Autorin: Beate Kaufmann) brachte am 6. November eine Reportage über das Buch „Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut“ mit dem Autor Prof. Norbert Berthold und dem Wirtschaftsexperten von Bündnis 90 / Die Grünen, Oswald Metzger.

Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut

Die Bekämpfung der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit gehört zu den drängendsten Problemen unserer Gesellschaft. Für die Stiftung Marktwirtschaft haben die Würzburger Ökonomen Professor Norbert Berthold und Sascha von Berchem analysiert, wie die gegenwärtige Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung und der sozialen Grundsicherungssysteme zur Verfestigung der Arbeitslosigkeit beiträgt.



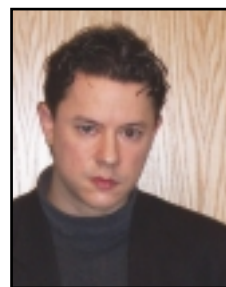
Autor: Prof. Dr. Norbert Berthold.

orientierung der Arbeitslosenversicherung durch die Trennung von Grund- und Wahlleistungen sowie eine stärkere Risikoorientierung der bisher nur lohnabhängigen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Im Bereich der sozialen Grundsicherung treten sie für eine stärkere Betonung des Prinzips „Fördern und Fordern“ ein:

Die Gewährung von staatlichen Hilfeleistungen sollte stärker an die Bereitschaft der Betroffenen zur Erbringung einer Gegenleistung in Form von Arbeit gekoppelt werden.

Um die gegenwärtigen „Verschiebeparkplätze“ zwischen den Kommunen und der Bundesanstalt für Arbeit zu



Autor: Sascha von Berchem.

beseitigen, plädieren die Autoren für die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe. Statt dessen sollte den Kommunen die vollständige Verantwortung für die soziale Absicherung von Langzeitarbeitslosen und ihre Reintegration in den Arbeitsmarkt übertragen werden. Dies würde, so die Autoren, eine grundlegende Reform der

Gemeindefinanzen noch dringlicher machen.

Der politische Witz

Schade, daß Deutschland kein Unternehmen ist. — Sonst käme der Kanzler und würde uns retten!

Mehr Effizienz!

In ihrem Reformkonzept fordern sie unter anderem eine stärkere Effizienz-

„Fundamentalismus ist die falsche Antwort“

Wirtschaftswissenschaftler, christliche Theologen und Islamwissenschaftler diskutierten auf einer Tagung der Stiftung Marktwirtschaft in Hinterzarten (Schwarzwald) die Frage, was Fundamentalismus ist und welche Auswirkungen seine verschiedenen Ausprägungen auf die Wirtschaftsordnung haben. Lüder Gerken (Stiftung Marktwirtschaft) beschrieb Fundamentalismus als Überhöhung eines Prinzips, das für allgemeingültig erklärt und auch gegen den Willen anderer Gesellschaftsmitglieder durchgesetzt werde. Er sei damit das Gegenteil von Freiheit.

Seitenblick

Presseresonanz auf die Tagung zum Fundamentalismus

„Der dritte Weg führt mitunter auch nach Mekka“ — das war am 20. Dezember der Titel des Hintergrundartikels von FAZ-Redakteurin Karen Horn zur Fundamentalismus-Tagung.

Albrecht Beck, Wirtschaftschef der Badischen Zeitung (Freiburg), betonte in seinem Bericht „Moderne Wirtschaft braucht Freiheit“ (16. Dezember), Fundamentalismus jeglicher Art blockiere den wirtschaftlichen Fortschritt.

Abgeltungssteuer als Medienthema

„Harte Kritik an der rot-grünen Steuerpolitik — Stiftung Marktwirtschaft: Mit Abgeltungssteuer die Kapitalbildung fördern“ — so lautete ein FAZ-Artikel vom 12. November zur Tagung der Stiftung Marktwirtschaft. Am 16. Dezember, nachdem die Bundesregierung sich für das Konzept ausgesprochen hatte, beurteilte Chefredakteur Christoph Keese von der Financial Times Deutschland das Abgeltungssteuer-Symposium als Wendepunkt der öffentlichen Meinung (siehe S. 1). Am folgenden Tag wurden mehrere Tagungsteilnehmer im Beitrag „Experten befürworten neues Konzept“ zitiert.

Lüder Gerken, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, äußerte sich am 27. Dezember in einem Kommentar in der Süddeutschen Zeitung zu einer möglichen Steueramnestie. Zu demselben Thema hatte er bereits am 28. November im Forum des Rheinischen Merkur Stellung genommen.

In diesem Sinne fundamentalistische Theorien werden, so Prof. Friedhelm Hengsbach SJ (St. Georgen) von vielen modernen Ökonomen vertreten. Prof. Karl Kardinal Lehmann erklärte Fundamentalismus als Abwehrreaktion gegenüber einer beängstigend komplexen Welt. Auch der Katholizismus sei nicht davor gefeit, angesichts der Unsicherheiten der Moderne Zuflucht in ewigen Wahrheiten zu suchen.

Prof. Volker Nienhaus (Bochum) warnte davor, Fundamentalismus im Islam mit Terrorismus gleichzusetzen. Für viele muslimische Länder liege in der Rückbesinnung auf ethische Grundlagen ihrer Religion eine Chance für eine marktwirtschaftliche Erneuerung jenseits bisheriger Klientelwirtschaft. FAZ-Nahostexperte Rainer Hermann (Istanbul) hingegen kritisierte das dogmatische Festhalten muslimischer Theologen am überlieferten islamischen Recht. Das Zinsverbot oder die traditionelle Ausgestaltung der Almosensteuer seien im 7. Jahrhundert innovativ gewesen, blockierten jetzt aber eine Modernisierung.



Fundamentalismus als Suche: Karl Kardinal Lehmann sprach über die Verunsicherung der Menschen durch die Moderne.

Umstritten blieb die Frage, ob der Islam inhärent fundamentalistisch sei, so Pater Iwan Sokolowsky SJ (Lainz), oder ob auch im Islam eine freiheitliche Ordnung mit religiöser Toleranz möglich sei. Prof. Werner Lachmann (Erlangen) kritisierte die Tendenz, die Fundamentalismus-Problematik auf den Islam zu verkürzen: „Auch der christliche Staat wäre eine Diktatur.“

Abgeltungssteuer überzeugt

Juristen, Ökonomen, Politiker und Experten aus den Verbänden befaßten sich auf einer Tagung der Stiftung Marktwirtschaft im November 2002 mit den Möglichkeiten, eine Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge einzuführen. Schwerpunkte der Tagung waren juristische Legitimität, ökonomische Begründung und politische Umsetzbarkeit einer solchen Steuer.

Prof. Monika Jachmann (Hamburg) und Prof. Dieter Birk (Münster) bestätigten die Vereinbarkeit einer Abgeltungssteuer mit dem deutschen Verfassungs- bzw. Europarecht. Prof. Peter Bareis (Hohenheim) betonte, daß eine Abgeltungssteuer nur als Vorstufe zu

einer allgemeinen Steuersenkung in Frage komme, während Prof. Manfred Neumann (Kronberger Kreis) in der Abgeltungssteuer einen ersten Schritt in Richtung zinsbereinigter Einkommensteuer sah. Uneinigkeit bestand darüber, ob die Abgeltungssteuer nur für Zinserträge oder für alle Formen von Kapitalerträgen gelten sollte.

Prof. Lars Feld (Marburg) machte deutlich, daß die Abgeltungssteuer aus fiskalischer Perspektive nur dann funktionieren könne, wenn sie mit einer erfolgreichen Steueramnestie verbunden werde. In Österreich habe dies dem Finanzminister sogar zusätzliche Einnahmen beschert, so Frank Weys (Österreichischer Sparkassenverband). Daß ein Teilerlaß von Steuerschulden bei Einführung einer Abgeltungssteuer verfassungsrechtlich unproblematisch sei, bestätigte Prof. Wolfgang Arndt (Mannheim).

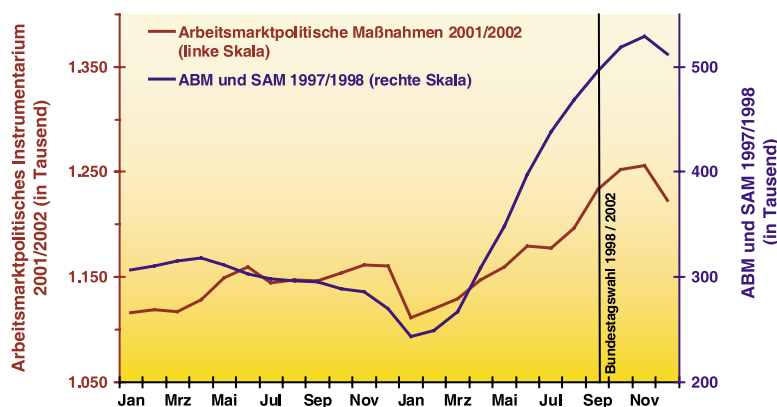
Finanzminister Gerhard Stratthaus (Baden-Württemberg) und Finanzstaatssekretär Harald Noack (Nordrhein-Westfalen) skizzierten anschließend Eckpunkte einer grundsätzlich konsensfähigen Abgeltungssteuer. Damit zeichneten sie bereits Grundlinien der Reform vor, die der Bundeskanzler wenige Wochen später ankündigte.



Expertendiskussion: Juristen, Ökonomen und Politiker plädierten auf der Tagung der Stiftung Marktwirtschaft für eine Abgeltungssteuer.

Alle Wahlen wieder?

Taktisch motivierte Arbeitsmarktpolitik vor Bundestagswahlen



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnungen

Wahltaktische Arbeitsmarktpolitik?

Analyse: Bundesregierung widerstand bis in den Juli der Versuchung zur Manipulation

„Ich glaube nur an die Statistik, die ich selbst gefälscht habe“ — gilt die berühmte Aussage von Winston Churchill auch für die Arbeitsmarktstatistik der Bundesregierung?

Aktive Arbeitsmarktpolitik kann dazu mißbraucht werden, die Arbeitsmarktentwicklung unrealistisch positiv zu darzustellen. Denn wer als Beschäftigungssuchender in den Genuß von Arbeitsbeschaffungs-, Strukturanpassungs- und anderen Maßnahmen kommt, fällt aus der offiziellen Arbeitslosenstatistik heraus. Gerade in Wahlzeiten ist die Versuchung groß, die Arbeitsmarktzahlen auf diese Weise zu manipulieren. Besonders deutlich wurde dies in den Monaten vor der Bundestagswahl 1998, als die damalige Bundesregierung die Zahl der Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen innerhalb weniger Monate mehr als verdoppelt hatte.

Um einen ähnlichen Trend vor der Wahl 2002 rechtzeitig offenzulegen, hat die Stiftung Marktwirtschaft monatlich die Entwicklung der aktiven Arbeitsmarktpolitik analysiert und veröffentlicht. Ergebnis: Von Januar bis September 2002 stiegen die „statistikwirksamen“ Maßnahmen um gut 120.000. Eine deutliche Zunahme war vor allem im August und September zu verzeichnen. Ohne sie wäre im Wahlmonat die 4-Millionengrenze bei den Arbeitslosen überschritten worden. Die Ausweitung der „wahltaktischen“ Arbeitsmarktpolitik war jedoch deutlich geringer als vor der Bundestagswahl 1998. Seinerzeit stiegen allein die ABM und Strukturanpassungsmaßnahmen um über 250.000.

Unabhängig davon gilt, daß auch gegenwärtig jeden Monat mehr als 1,2 Mio. Arbeitssuchende aufgrund staatlicher Maßnahmen nicht in der Arbeitslosenstatistik auftauchen.

Bewertung des Koalitionsvertrags

Am Anfang einer Legislaturperiode schließen die Koalitionsparteien in der Regel eine Vereinbarung, in der die wichtigsten Punkte der Regierungsarbeit festgehalten werden — den Koalitionsvertrag. Dieser legt die Kräfteverhältnisse innerhalb der Koalition offen und erlaubt eine erste Bewertung der neuen Regierung. Die Stiftung Marktwirtschaft hat unmittelbar vor der Bundestagswahl einen Muster-Koalitionsvertrag erstellt, um in der politisch ent-

scheidenden Phase der Koalitionsverhandlungen den Entscheidungsträgern die marktwirtschaftlichen Optionen aufzuzeigen. Anschließend wurde der von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen vereinbarte Koalitionsvertrag anhand des Muster-Vertrags einer kritischen Bewertung unterzogen. Deutlich wurde dabei vor allem, daß den Koalitionsparteien auch bei teilweise sinnvollen Reformansätzen eine klare ordnungspolitische Perspektive fehlt.

Seitenblick

Presseresonanz zur Arbeitsmarktstudie

Die laufende Analyse der Stiftung Marktwirtschaft zur aktiven Arbeitsmarktpolitik fand große Aufmerksamkeit in den Wirtschafts- und den überregionalen Medien:

Beispielsweise zitierte die WirtschaftsWoche Guido Raddatz von der Stiftung Marktwirtschaft in ihrer Ausgabe vom 11. September 2002: „Was Rot-Grün bisher an ABM-Maßnahmen zurückgefahren hat, wurde durch andere arbeitsmarktpolitische Instrumente teilweise wieder kompensiert.“

Das Handelsblatt bezog sich mehrfach auf die Studie, unter anderem am 11. Juni: „Der liberale Think tank will schon beim kleinsten Anzeichen einer Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik Alarm schlagen, um einen wahltaktischen Mißbrauch der Arbeitslosenbeiträge wie vor der letzten Bundestagswahl gleich im Ansatz zu unterbinden.“

Aufmerksamkeit auch in der Politik

In einem Bericht des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz zur Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 11. September 2002 fand die Studie der Stiftung Marktwirtschaft ebenfalls Erwähnung:

„Die Stiftung Marktwirtschaft hat analysiert, daß der Einsatz der politisch steuerbaren Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik sich im Vergleich zum Vormonat um 25.000 erhöht hat. Die klassischen ABM, in geringerem Umfang auch die SAM, haben sich im gleichen Zeitraum ausschließlich in Ostdeutschland erhöht, um ca. 4300.“

Artikel zum Koalitionsvertrag

In der Zeitschrift unternehmermagazin (Ausgabe 10 - 2002) veröffentlichte Lüder Gerken, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, einen Artikel unter dem Titel: „Koalitionsvertrag. Ein kritischer Soll-/Ist-Vergleich der dringlichsten Reformen“.

Für klare Strukturen in der EU

Frankreich und Deutschland haben unlängst eine Doppelspitze für die Europäische Union vorgeschlagen: Durch die Verlängerung der Amtszeit des Ratspräsidenten wird dieser, wie die französische Seite forderte, wesentlich gestärkt. Zugleich erhält entsprechend der deutschen Position der Kommissionspräsident eine bessere demokratische Legitimation, indem er künftig vom Europäischen Parlament gewählt wird.

Eigentlich müßten es beide Regierungen aus eigener Erfahrung besser wissen: Frankreich hat sich nach Jah-

ren der „Cohabition“ auf Initiative Chiracs zu einer Verfassungsreform durchgerungen, die gegeneinander arbeitende Doppelspitzen vermeidet. In Deutschland leidet nicht erst die Regierung Schröder darunter, daß sich unterschiedliche Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat gegenseitig blockieren.

Die Stiftung Marktwirtschaft wird sich in den kommenden, für die Konventsarbeit entscheidenden Wochen für klare Entscheidungsstrukturen und Verantwortlichkeiten in der Europäischen Union einsetzen.

Gemeindefinanzreform

Von allen föderalen Ebenen sind die Kommunen am heftigsten von der Konjunkturkrise betroffen: Ihre Steuern sinken stärker und ihre Ausgaben steigen stärker als die von Bund und Ländern. Das führt dazu, daß die kommunalen Investitionen einbrechen, was aufgrund ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung verheerend nicht nur für die Konjunktur, sondern insbesondere auch für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland ist. Die Ursachen sind strukturbedingt, so daß eine grundsätzliche Reform der Ge-

meindefinanzen notwendig ist. Gegenwärtig bereitet eine Kommission unter Leitung von Bundesfinanzminister Eichel Vorschläge für eine solche Reform vor. Insbesondere soll die Gewerbesteuer abgeschafft oder grundlegend reformiert werden. Parallel zur Regierungskommission erarbeitet der Kronberger Kreis eine ordnungspolitische Alternative. Mit dieser will der Kronberger Kreis der Politik, aber auch der öffentlichen Diskussion über die Reform der Gemeindefinanzen die notwendigen Impulse geben.

Eine Chance für Langzeitarbeitslose

Wie können Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zurückgeholt werden? Die Mehrzahl der Lösungsvorschläge für dieses Problem setzt an der finanziellen Anreizsituation der Betroffenen an. Doch was geschieht mit denen, deren Produktivität nicht mehr ausreicht, um auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Beschäftigung zu finden? Gibt es Wege, auch diesen Menschen eine sinnstiftende Tätigkeit zu ermög-

lichen und ihre Leistungskraft für die Gesellschaft nutzbar zu machen? Diesen Fragen gehen Professor Johann Eekhoff (Mitglied des Kronberger Kreises) und Dr. Steffen Roth nach.

Ihre Ergebnisse veröffentlicht die Stiftung Marktwirtschaft in Kürze unter dem Titel „Brachliegende Fähigkeiten nutzen, Chancen für Arbeitslose verbessern“.

Entwurf für eine Europa-Verfassung

1992 wurde unter Mitwirkung der Stiftung Marktwirtschaft die „European Constitutional Group“, ein europäisches Netzwerk liberaler Wissenschaftler, ins Leben gerufen. Ein Jahr später legte die Gruppe einen Entwurf für eine europäische Verfassung vor. Dieser löste damals heftige Reaktionen aus.

10 Jahre danach folgt die Politik diesem innovativen Gedanken: 2002 konstituierte sich der Europäische Konvent, in diesem Jahr noch soll er einen Entwurf für eine Neufassung der europäischen Verträge vorlegen, die dann vielleicht sogar als Verfassung bezeichnet werden.

Parallel dazu wird die European Constitutional Group wieder aktiv. Im Juni 2002 wurde bei einem Treffen in den Räumen der Stiftung in Berlin unter Beisein von Otto Graf Lambsdorff vereinbart, die Konventsarbeit kritisch zu begleiten und einen liberalen Gegenentwurf für eine europäische Verfassung vorzulegen. Derzeit wird auf der Grundlage der Arbeiten von 1993 dieser Entwurf erstellt. Er soll im Sommer 2003 präsentiert werden.

Reformideen für den Kündigungsschutz

Die gegenwärtigen Kündigungsschutzregelungen sind eines der Haupthindernisse für den Abbau der Massenarbeitslosigkeit. Die Chancen der Arbeitslosen, eine neue Anstellung zu finden, werden systematisch verringert, wenn die Unternehmen Mitarbeiter in wirtschaftlich schlechten Zeiten nur mit hohen Kosten und unter Berücksichtigung sozialer statt betrieblicher Aspekte wieder entlassen können. Deshalb beschäftigt sich der Kronberger Kreis zur Zeit mit der Frage, wie der Kündigungsschutz gesamtgesellschaftlich sinnvoll ausgestaltet werden könnte.

Redaktion:

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstr. 60
10117 Berlin

Tel.: (030) 206057-0

Fax: (030) 206057-57

www.stiftung-marktwirtschaft.de
info@stiftung-marktwirtschaft.de

Kirchen und Ordnungspolitik

Korruption in der Politik, Bilanzbetrug in den Unternehmen, eigennützige Börsenanalysen der Banken — Ethikfragen rücken in den Mittelpunkt, wenn Entscheidungsträger verantwortungslos handeln. Deshalb ist die Veröffentlichung von Dr. Matthias Meyer, Leiter des Bereiches Kirche und Gesellschaft

im Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, hochaktuell. Er diskutiert das Verhältnis der Kirchen zur sozialen Marktwirtschaft und untersucht, welchen Beitrag das Christentum zu einer Wirtschaftsordnung leisten kann, die Freiheit und Verantwortung sicherstellt. Der Beitrag erscheint in Kürze.